

2 Theoretische Analyse

Ziel dieses Kapitels ist es, ein theoretisches Modell zu entwickeln, das die Einstellungsbildung der deutschen Bevölkerung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit dem öffentlichen Diskurs über diesen Gegenstand verknüpft. Außerdem soll das Modell die Implikationen einer simultanen Aktivierung widersprüchlicher Grundhaltungen für die Einstellungsbildung beschreiben. Um diese Ziele zu erreichen, teilt sich das folgende Kapitel in drei Abschnitte. Zunächst wird die Kontextebene weitgehend ausgeklammert und die grundlegenden theoretischen Bausteine der (individual-)psychologischen Einstellungsforschung beschrieben. Dies sind die kognitive Architektur (Lang- und Kurzzeitgedächtnis) sowie zwei Informationsverarbeitungsprozesse, die innerhalb dieser Architektur ablaufen und in der Einstellungsforschung eine herausragende Rolle spielen (gedächtnisbasierte Einstellungsbildung vs. Online-Modell). Es wird begründet, warum die gedächtnisbasierte Einstellungsbildung in Anbetracht des hier interessierenden Einstellungsobjekts eine geeignetere Grundlage für die weitere Modellentwicklung darstellt. Daran anschließend wird ein einfaches Modell der politischen Einstellungsbildung entwickelt, das das Informationsumfeld der Bürger mit der individuellen Einstellungsbildung verknüpft und damit die grundlegenden Bausteine der gedächtnisbasierten Einstellungsbildung identifizierbar macht. Da die öffentliche Debatte über alle Auslandseinsätze stets um die Prinzipien Antimilitarismus und Atlantizismus kreiste, sollten die Grundhaltungen der Bürger zu diesen Prinzipien die entscheidenden Erklärungsfaktoren der Einstellungen darstellen. Im letzten Abschnitt wird diskutiert, wie Einzelüberlegungen zu Gesamtbewertungen weiterverarbeitet werden und inwiefern das Vorliegen bestimmter Grundhaltungskonstellationen diesen Prozess beeinflussen kann. Es wird argumentiert, dass die Berücksichtigung dieser Konstellationen dazu beiträgt, die Einstellungsbildung besser zu verstehen, weil sie beispielsweise den Blick auf die Frage lenkt, ob die zum Teil heftigen öffentlichen Konflikte über die Prinzipien deutscher Außenpolitik zu ähnlich konflikthaftern, mentalen Zuständen bei den Bürgern geführt haben.

2.1 Kognitive Strukturen und Prozesse

Einstellungsbildung ist ein mentaler Prozess, bei dem verschiedene kognitive Strukturen eine Rolle spielen. Involviert sind sowohl das Arbeits- als auch das Langzeitgedächtnis, wobei letzteres in einen deklarativen und einen impliziten

Teil unterteilt werden kann. Das Arbeitsgedächtnis ist der Ort, an dem bewusste Informationsverarbeitungsprozesse ablaufen. Dort werden mentale Repräsentationen aktiv gehalten und weiterverarbeitet (Gluck et al. 2010: 177-178). Die Kapazität des Arbeitsgedächtnisses ist begrenzt, die meisten Menschen sind mehr als gefordert, wenn sie sieben Elemente simultan verarbeiten sollen (Miller 1956). Um mentale Repräsentationen so zu erhalten, dass sie in Zukunft ins Bewusstsein (Arbeitsgedächtnis) zurückgerufen werden können, müssen sie im deklarativen Langzeitgedächtnis abgelegt werden (Squire 2004: 173). Die im Langzeitgedächtnis abgespeicherten Elemente sind in assoziativen Bedeutungsnetzen organisiert, es können also inhaltliche Verbindungen zwischen ihnen bestehen. Zwischen welchen Elementen im Einzelnen Assoziationen bestehen, variiert von Person zu Person und ergibt sich sowohl aus kontextuellen als auch aus individuellen Faktoren (Lodge und Taber 2000; Taber 2003: 443-444). Neben den kognitiven Elementen des deklarativen Langzeitgedächtnisses können in einem parallel arbeitenden Teilsystem des nicht-deklarativen Langzeitgedächtnisses Affekte abgespeichert werden (Squire 2004: 173), die mit den korrespondierenden Elementen im deklarativen Gedächtnis verknüpft sind. Als Affekt wird hier die Bewertung des Elements auf einer Valenz-Dimension (positiv-negativ) verstanden (Eagly und Chaiken 1993: 11).

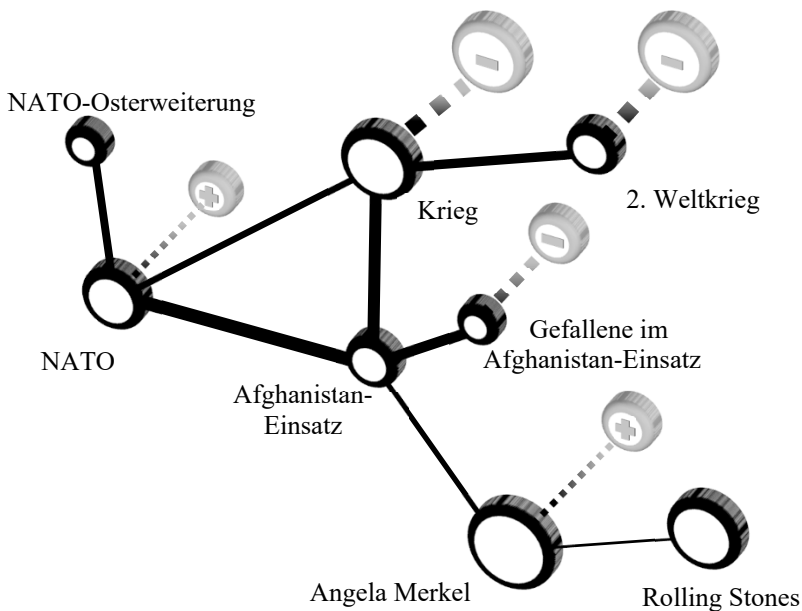
Abbildung 1 stellt einen Ausschnitt eines fiktiven Assoziationsnetzes dar. Die schwarzen Kreise repräsentieren die im Langzeitgedächtnis gespeicherten kognitiven Elemente, etwa „Afghanistan-Einsatz“, „Krieg“ und „Angela Merkel“. Zwischen einigen dieser Elemente bestehen Assoziationen, hier dargestellt als durchgezogene Verbindungslinien zwischen den schwarzen Kreisen. So glaubt die Person, deren Assoziationsnetz hier dargestellt wird, beim Afghanistan-Einsatz handle es sich um einen Krieg, der etwas mit Angela Merkel zu tun hat.⁹ Mit den grauen Kreisen werden die affektiven Bewertungen dargestellt; die Beispielperson hat für das Element „Krieg“ also einen negativen Affekt abgespeichert, die Bewertung von „Angela Merkel“ ist dagegen positiv.¹⁰ Für das Element „Afghanistan-Einsatz“ fehlt eine derartige affektive Ladung. Der Prozess, bei dem kognitive Elemente aus dem Langzeitgedächtnis in das Arbeitsgedächtnis gerufen werden, wird als (sich) ausbreitende Aktivierung bezeichnet (*spreading activation*) (Lodge und Taber 2000: 192-193; Taber 2003: 444-445). Wird das Bewusstsein auf ein

9 Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die inhaltlichen Implikationen der Assoziationen hier nicht grafisch dargestellt. Möglich wäre dies etwa mit Hilfe von Plus- und Minus-Zeichen an den jeweiligen Verbindungslinien (Lodge und Taber 2000: 192).

10 Die in der Darstellung berücksichtigte dritte Dimension soll verdeutlichen, dass Affekte separat im nicht-deklarativen Langzeitgedächtnis abgespeichert sind. Das nicht-deklarative Gedächtnis zeichnet sich durch andere Eigenschaften aus als das deklarative, die in der weiteren Diskussion jedoch ausgeklammert werden können.

Objekt gelenkt, aktiviert dies die korrespondierende mentale Repräsentation im Langzeitgedächtnis. Ist eine affektive Ladung mit diesem Element verknüpft, kann diese automatisch mitaktiviert werden (*hot cognition*) (Bargh et al. 1992: 907; Fazio et al. 1986: 229; Lodge und Taber 2000: 196, 2005: 456; Zajonc 1980: 154). Ob dies geschieht, hängt von der Zugänglichkeit (oder Aktivierbarkeit, im Englischen *accessibility*) dieser Ladung ab. Hiermit ist die Leichtigkeit beziehungsweise Wahrscheinlichkeit gemeint, mit der eine im Langzeitgedächtnis gespeicherte mentale Repräsentation oder affektive Ladung ins Arbeitszeitgedächtnis gerufen wird (Fazio 1995: 248; Fazio et al. 1986: 230; Lavine et al. 1996: 296). Im deklarativen Langzeitgedächtnis breitet sich die Aktivierung dann aus, wenn die Stärke der kognitiven Repräsentation des verknüpften Elements und die Assoziationsstärke zwischen den Elementen hinreichend groß sind (Lodge und Taber 2000: 193-194). Die Stärke der kognitiven Repräsentation kann daher auch als chronische Zugänglichkeit aufgefasst werden (dargestellt über die Größe der Kreise).

Abbildung 1: Ausschnitt eines Assoziationsnetzes



Anmerkung: Für eine ähnliche Darstellung siehe Taber (2003: 443).

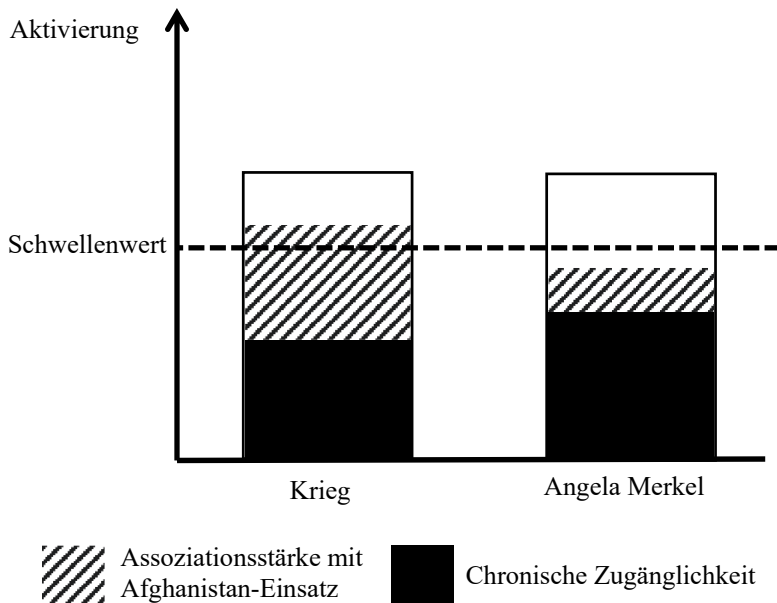
Auch dies soll an unserem Beispiel konkretisiert werden. Bei der Person, deren Assoziationsnetz in Abbildung 1 dargestellt ist, variiert die Assoziationsstärke zwischen dem Afghanistan-Einsatz und den kognitiven Elementen „Krieg“ und „Angela Merkel“ (Breite der durchgezogenen Linien). Unsere Beispielperson assoziiert den Afghanistan-Einsatz viel stärker mit Krieg als mit Angela Merkel. Gleichzeitig ist das Element „Angela Merkel“ deutlich stärker mental repräsentiert als „Krieg“ und hat somit eine höhere chronische Zugänglichkeit.¹¹ Wie chronische Zugänglichkeit und Assoziationsstärke zwischen Elementen bei der (sich ausbreitenden) Aktivierung zusammenspielen, wird in Abbildung 2 am Beispiel der Elemente „Afghanistan-Einsatz“, „Krieg“ und „Angela Merkel“ weiter verdeutlicht. Wird das Element „Afghanistan-Einsatz“ im Arbeitsgedächtnis jener Person aktiviert, deren Assoziationsnetz oben beschrieben wurde, verbreitet sich die Aktivierung entlang der Assoziationen, die im Langzeitgedächtnis existieren. Wie bereits beschrieben, ist die chronische Zugänglichkeit des Elements „Angela Merkel“ bei dieser Person größer als die des Elements „Krieg“. Ersteres bedürfte daher eines geringeren Stimulus als letzteres, um vom Langzeitgedächtnis ins Arbeitsgedächtnis gerufen zu werden. Vom Element „Afghanistan-Einsatz“ geht jedoch ein stärkerer Stimulus für „Krieg“ aus als für „Angela Merkel“, da die Assoziation zwischen „Afghanistan-Einsatz“ und „Krieg“ stärker ist als jene zwischen „Afghanistan-Einsatz“ und „Angela Merkel“. In diesem Beispiel wird das Element „Krieg“ somit hinreichend angeregt, um aus dem Langzeitgedächtnis in das Arbeitsgedächtnis zu springen, das Element „Angela Merkel“ dagegen nicht.

Die chronische Zugänglichkeit eines Elements und seiner affektiven Ladung ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Dazu zählen die Zeitspanne, die seit der letzten Aktivierung vergangen ist (Zaller 1992: 48), die Häufigkeit, mit der es in der Vergangenheit aktiviert wurde (Fazio 1995: 252), die Anzahl mentaler Repräsentationen, die mit einem Element verknüpft sind (Higgins und King 1981), und die subjektive Wichtigkeit (Krosnick 1988: 197; Lavine et al. 1996: 294).¹² Das Informationsumfeld beeinflusst all diese Faktoren und auch die Assoziationsstärke zwischen den mentalen Repräsentationen (Lavine et al. 1996: 308; Zaller

11 Analog variiert die Assoziationsstärke zwischen den kognitiven Elementen und den jeweils abgespeicherten affektiven Ladungen (Breite der gestrichelten Linien). Während die negative affektive Ladung des Elements „Krieg“ leicht zugänglich ist, ist die Assoziation zwischen „Angela Merkel“ und der affektiven Ladung deutlich schwächer. Somit ist es bei dem Element „Krieg“ deutlich wahrscheinlicher als bei dem Element „Angela Merkel“, dass die zugehörige Ladung aktiviert wird.

12 Die subjektiv empfundene Wichtigkeit einer kognitiven Repräsentation zu einem gegebenen Zeitpunkt wird auch als Salienz bezeichnet (Krosnick 1988: 196-197). Neben dieser Verwendung des Ausdrucks in der Einstellungspsychologie wird Salienz in der Kommunikationsforschung verwendet, um die Wichtigkeit eines Themas im öffentlichen Diskurs zu bezeichnen.

Abbildung 2: Kognitive Aktivierung am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes



1992: 48). Je wichtiger – salienter – ein Thema im öffentlichen Diskurs ist, je mehr Informationen zu einem Objekt im Umfeld des Individuums verfügbar sind, desto wahrscheinlicher ist, dass es häufig aktiviert wird. Gleichzeitig reduziert sich die durchschnittliche Zeitspanne, die seit der letzten Aktivierung vergangen ist. Zudem ist dann die Wahrscheinlichkeit größer, dass verschiedene Aspekte dieses Objekts diskutiert werden, so dass Assoziationen mit einer Vielzahl anderer Objekte entstehen beziehungsweise sich deren Assoziationsstärke erhöht.¹³

Innerhalb dieser kognitiven Architektur läuft die Einstellungsbildung und -aktivierung ab. In der Forschung werden zwei unterschiedliche Modelle der Informationsverarbeitung besonders intensiv diskutiert. Das eine wird als Online-Modell der Einstellungsbildung bezeichnet, das andere als gedächtnisbasiertes

13 Notwendige Voraussetzung hierfür ist natürlich, dass das Informationsumfeld von den Bürgern überhaupt wahrgenommen wird. Je aufmerksamer ein Bürger den öffentlichen Diskurs verfolgt, desto zugänglicher werden genau jene kognitiven Elemente sein, die dort momentan diskutiert werden. Dagegen ist bei einer politisch wenig involvierten Person nicht unbedingt zu erwarten, dass die mental leicht zugänglichen Elemente mit jenen korrespondieren, die im Umfeld dieser Person häufig anzutreffen sind.

Modell (Fazio 2007: 619; Lavine 2002: 227; Taber und Young 2013: 527).¹⁴ Der entscheidende Unterschied zwischen beiden besteht darin, dass ersteres davon ausgeht, dass affektive Gesamtbewertungen eines Objekts im impliziten Langzeitgedächtnis abgespeichert sind und abgerufen werden können. Nach diesem Verständnis handelt es sich (nur) bei den im Langzeitgedächtnis abgespeicherten Ladungen um „Einstellungen“ (Fazio 2007). Der Anwendungsbereich des gedächtnisbasierten Modells bezieht sich dagegen auf Situationen, in denen kein Affekt gegenüber einem Objekt vorliegt und dieser erst im Moment des Kontakts gebildet wird. Nach dieser Vorstellung sind „Einstellungen“ also affektive Gesamtbewertungen eines Objekts, die das Ergebnis eines Konstruktionsprozess darstellen. Im Folgenden wird zunächst das Online-Modell kurz charakterisiert und dann argumentiert, warum seine Annahmen bei Bewertungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zutreffen dürften. Dann wird das gedächtnisbasierte Modell der Einstellungsbildung beschrieben.

Das Online-Modell nimmt an, dass affektive Bewertungen zu fast allen politischen Objekten im impliziten (nicht-deklarativen) Langzeitgedächtnis gespeichert sind. Begegnen Personen einer neuen Information über ein solches Objekt, wird die korrespondierende, momentan vorliegende Ladung ins Arbeitsgedächtnis gerufen, entsprechend der evaluativen Implikation der fraglichen Information aktualisiert und dann erneut abgespeichert (Lodge et al. 1989; Lodge et al. 1995; McGraw et al. 1990). Die Information, die diesen Prozess ausgelöst hat, wird dagegen verworfen. Damit gleichen Einstellungen in diesem Modell einer laufenden Rechnung (*running tally*), auf der der gegenwärtige (Zwischen-)Stand sichtbar ist, frühere Summen oder einzelne Posten jedoch nicht ausgewiesen werden. Einstellungen können nach dieser Vorstellung aus dem nicht-deklarativen Langzeitgedächtnis abgerufen werden, wann immer dies notwendig ist.¹⁵

Es gibt eine Reihe von Gründen anzunehmen, dass die wenigsten Deutschen über vorgefertigte Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr verfügen, wie es das Online-Modell vorsieht. In der Anfangsphase, wenn Diskussionen über

14 Taber und Young (2013: 528) weisen zu Recht darauf hin, dass die beiden theoretischen Ansätze sich nicht ausschließen, und warnen vor einer holzschnittartigen, idealisierenden Gegenüberstellung. Wenn im Folgenden die Unterschiede stärker betont werden als die Gemeinsamkeiten und Komplementarität, geschieht dies vor dem Hintergrund des hier interessierenden Anwendungsbereichs, der mit seinen spezifischen Randbedingungen diese Unterschiede stärker in den Vordergrund treten lässt.

15 Wie beispielsweise Coronel (2012) anmerkt, spielt das (Langzeit-)Gedächtnis also auch im Online-Modell eine herausragende Rolle – nicht das deklarative, aber das implizite. Die Bezeichnungen gedächtnisbasiertes und Online-Modell werden hier aufgrund ihrer Tradition in der politischen Psychologie und Einstellungsforschung verwendet. Inhaltlich sind sie irreführend. Klarer wäre beispielsweise die Unterscheidung „deklarativer“ und „impliziter“ gedächtnisbasierter Modelle der Einstellungsbildung (Coronel et al. 2012: 3).

einen möglichen Einsatz aufkommen, können die Bürger noch gar keine affektive Haltung abgespeichert haben, weil sie diesem Objekt zuvor nie begegnet sind. Doch auch im weiteren Verlauf des politischen Entscheidungsprozesses, beziehungsweise des Einsatzes selbst, dürften die wenigsten Bürger abrufbare Einstellungen aufweisen, weil sie sich nicht hinreichend für das Thema interessieren und sich nicht damit beschäftigen (z.B. Fiebig 2011). In der Vergangenheit gebildete Bewertungen dürften nicht abgespeichert worden oder die Assoziationsstärke zwischen der mentalen Repräsentation des Einsatzes im deklarativen Langzeitgedächtnis und der affektiven Ladung im impliziten Teil ist nicht hinreichend stark sein, dass letztere aktiviert würde (Lavine 2002: 235; Zaller 1992: 278-279). Allgemein lässt sich gegen das Online-Modell anführen, dass es nicht in der Lage ist, die Instabilität zu erklären, die sich bei Wiederholungsbefragungen immer wieder im Antwortverhalten der Teilnehmer zu politischen Sachfragen zeigt und nicht allein auf Reliabilitätsprobleme der Messung zurückgeführt werden kann (Zaller 1992: 279).¹⁶

Im Gegensatz zum Online-Modell geht das gedächtnisbasierte Modell der Einstellungsbildung davon aus, dass Bürger Einstellungen in dem Moment bilden, in dem sie mit einem Objekt konfrontiert werden. Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind dann das Ergebnis eines Informationsverarbeitungsprozesses, bei dem Gründe für die Zustimmung oder Ablehnung dieser Sachfrage (automatisch) aus dem Gedächtnis abgerufen und zu einer Gesamtbewertung zusammengefasst werden (Alvarez und Brehm 2002: 16-17; Zaller 1992: 49-50). Diese Überlegungen – die Gründe, die Zustimmung oder Ablehnung einer (politischen) Position implizieren – sind somit “a compound of cognition and affect – that is, a belief about an object and an evaluation of the belief” (Zaller 1992: 40). Einstellungsbildung lässt sich dann in einer einfachen Funktion als gewichtete Zusammenfassung zustimmender und ablehnender Überlegungen beschreiben (Chong und Druckman 2007b: 107; siehe klassisch Fishbein und Ajzen 1975; Zaller und Feldman 1992: 586):

$$A = F(c_i, w_i).$$

16 Bargh et al. (1992: 907) präsentieren Befunde, aus denen sie schließen, dass affektive Ladungen zu fast allen sozialen und nicht-sozialen Einstellungsobjekten vorliegen und automatisch aktiviert werden. In ihren empirischen Analysen berücksichtigen sie jedoch keine politischen Sachfragen. Zu den Objekten, die politischen Sachfragen am Nächsten kommen, zählen „Rezession“, „Steuern“ und „Krieg“. Noch stärker scheinen diese Objekte jedoch politische Prädispositionen zu repräsentieren. Dass Bürger über derartige allgemeinere Präferenzen verfügen ist unstrittig und sagt wenig aus über die Einstellungsbildung zu politischen Sachfragen.

Die Einstellung (A) ergibt sich durch die Integration der aktivierten Einzelbewertungen (c) einer Anzahl (i) unterschiedlicher Attribute des Einstellungsobjekts, die entsprechend ihrer subjektiven Wichtigkeit (w_i) in die Gesamtbewertung eingehen.

In diesem Abschnitt wurde argumentiert, dass wenige Bürger über vorgefertigte Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr verfügen und daher das gedächtnisbasierte Modell für diesen Anwendungsbereich angemessener ist. Die zentrale Idee des gedächtnisbasierten Modells ist, dass Einstellungen situativ aus der Menge verfügbarer Einzelüberlegungen gebildet werden, die im Moment der Einstellungsbildung aus dem Langzeitgedächtnis ins Arbeitsgedächtnis gerufen werden können. Im folgenden Abschnitt wird das allgemeine gedächtnisbasierte Modell nun auf die Einstellungsbildung der Deutschen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr angewendet und spezifiziert. Dabei wird herausgearbeitet, dass bereichsspezifische Grundhaltungen die entscheidende Quelle der Überlegungen sein dürften, die die Deutschen zur Einstellungsbildung nutzen. Es wird argumentiert, dass neben konzeptspezifischen Eigenschaften vor allem der deutsche (Informations-)Kontext dafür verantwortlich ist und letzterer zudem die *relative* Bedeutung einzelner Grundhaltungen beeinflusst.

2.2 Grundhaltungsbasierte Einstellungsbildung

Will man spezifische Einstellungen im Rahmen des gedächtnisbasierten Modells erklären, muss man die mentalen Repräsentationen identifizieren, die aus dem Langzeitgedächtnis ins Kurzzeitgedächtnis gerufen werden und dann Grundlage der weiteren Einstellungsbildung sind. Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, hängt die Aktivierung zum einen von der Assoziationsstärke zwischen dem Einstellungsobjekt und der fraglichen mentalen Repräsentation sowie deren chronischer Zugänglichkeit ab. Ein allgemeines sowie ein kontextspezifisches – ein für Deutschland spezifisches – Argument sprechen dafür, dass außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen die entscheidende Quelle von Überlegungen sind, auf deren Grundlage die Deutschen ihre Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr bilden. Bevor diese vorgebracht werden, soll definiert werden, was hier unter Grundhaltungen verstanden wird, wie sie in die gedächtnisbasierte Einstellungsbildung eingehen und welche Grundhaltungen in der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsforschung bislang berücksichtigt wurden.

Mit bereichsspezifischen Grundhaltungen sind hier allgemeine Präferenzen darüber gemeint, welchen allgemeinen Prinzipien politische Entscheidungen in einem gegebenen Politikbereich folgen sollten (Hurwitz und Peffley 1987: 63). Sie

stellen politische Wertorientierungen dar, also allgemeine Konzeptionen des Wünschenswerten (Kluckhohn 1951) in einem bestimmten Politikbereich. Es wird davon ausgegangen, dass Grundhaltungen – wie allgemeine Wertorientierungen auch – mental stark repräsentiert sind und hohe affektive Ladungen aufweisen. Diese Eigenschaften sorgen dafür, dass sie relativ stabil und leicht aktivierbar sind.¹⁷ Die grundhaltungs-basierte Einstellungsbildung geht davon aus, dass sie als allgemeine Maßstäbe situationsübergreifend genutzt werden, um spezifische politische Sachfragen zu beurteilen (Feldman 1988; Hurwitz und Peffley 1987). In der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsforschung werden Grundhaltungen zu drei Prinzipien(-paaren) diskutiert, die den Bevölkerungseinstellungen zu Sachfragen dieses Bereichs Struktur verleihen (Chittick et al. 1995; Chittick und Freyberg-Inan 2001; Hinckley 1992; Holsti 1979; Rathbun 2007; Wittkopf 1990). Das erste betrifft das Ausmaß der internationalen Involvierung. Während Isolationisten eine starke Involvierung des eigenen Landes in weltpolitische Angelegenheiten prinzipiell ablehnen, befürworten Internationalisten eine aktive Beteiligung an der internationalen Politik (Isolationismus – Internationalismus). Das zweite betrifft die Mittel der Außenpolitik. Militaristisch orientierte Bürger befürworten den Einsatz militärischer Mittel bei der Verfolgung politischer Ziele, während Antimilitaristen dieses Instrument kategorisch ablehnen (Militarismus – Antimilitarismus). Schließlich geht es um das Verhältnis zu anderen Akteuren des internationalen Systems. Unilateralisten präferieren eine selbstbestimmte Außen- und Sicherheitspolitik, die unabhängig von anderen Akteuren des internationalen Systems formuliert wird. Multilateralisten befürworten dagegen Kooperation mit anderen Akteuren und sind bereit, deren Präferenzen bei der eigenen Entscheidungsfindung zu berücksichtigen beziehungsweise kollektiv getroffene Entscheidungen mitzutragen (Unilateralismus – Multilateralismus).

Multilateralismus kann theoretisch in zwei Formen auftreten, die sich darin unterscheiden, mit welchen Akteuren genau kooperiert werden und in welcher Form dies geschehen soll (Baumann 2006; Keohane 1990; Ruggie 1993). Der letztgenannte Aspekt bezieht sich vor allem auf die Frage, ob außenpolitische Entscheidungen in einem geregelten Prozess ausgehandelt werden sollen. Insbesondere die Vereinten Nationen sehen einen solchen geregelten Prozess der Entschei-

17 Bei der Verwendung des Konzepts in der politischen Einstellungsforschung ist nicht immer klar, ob es sich hierbei um definitorische Merkmale oder Eigenschaften handelt, in denen „Grundhaltungen“ empirisch variieren können. Hier wird letztere Perspektive eingenommen. „Grundhaltungen“ unterscheiden sich definitorisch insofern von anderen „Haltungen“ (wie z.B. Einstellungen zu politischen Sachfragen), als sie sich auf eine bestimmte Menge an Objekten – allgemeine Prinzipien – beziehen. Jenseits der Definition wird angenommen, dass Grundhaltungen, insbesondere in Deutschland, empirisch die genannten Eigenschaften aufweisen.

dungsfindung vor, durch den die anarchische, machtorientierte Logik der internationalen Beziehungen überwunden werden soll. Diese Form des Multilateralismus zu präferieren heißt somit, die Verrechtlichung dieses Politikbereichs und die damit einhergehenden Einschränkungen der Handlungsfreiheit des eigenen Landes zu akzeptieren, eine zentrale Rolle der Vereinten Nationen zu befürworten und eine machtbasierte Form der Interaktion zwischen Staaten abzulehnen. Die andere Spielart des Multilateralismus zielt auf die gemeinsame Entscheidungsfindung mit Verbündeten. Hierbei steht also die Kooperation mit Ländern Vordergrund, die ähnliche Ziele verfolgen und freundschaftliche Beziehungen zueinander pflegen. In der grundhaltungs-basierten Einstellungsforschung haben Asmus und Kollegen (2005) eine Spezifikation dieses Typs vorgeschlagen, die auf die Haltungen gegenüber der transatlantischen Kooperation abzielt. Deutsche mit geringer transatlantischer Orientierung befürworten demnach eine unabhängige Außenpolitik Deutschlands und stehen transatlantischen Koordinationsbemühungen skeptisch gegenüber. Eine starke transatlantische Orientierung impliziert dagegen die Bereitschaft, Bündnispolitik ein Primat einzuräumen, U.S.-amerikanischer Führung zu folgen und eine entsprechende Beschränkung der eigenen Handlungsfreiheit zu akzeptieren (Anti-Atlantizismus – Atlantizismus).¹⁸

Der allgemeine Grund, dass diese Grundhaltungen eine bedeutende Rolle bei der Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr spielen, liegt in dem geringen kognitiven Aufwand und der Voraussetzungslosigkeit ihrer Verwendung bei der Einstellungsbildung. Genau dies ist der Ausgangspunkt für Hurwitz und Peffley (1987; Peffley und Hurwitz 1985) in ihren grundlegenden Beiträgen zur grundhaltungs-basierten Einstellungsbildung. Dort charakterisieren sie Bürger als „cognitive misers“, denen die kognitiven Ressourcen (Motivation und Fähigkeiten) fehlen, sich über Sachfragen dieses Bereichs im Detail zu informieren. Demnach verfügen sie schlicht nicht über die notwendigen Informationen, um Einstellungen auf Grundlage objektspezifischer Überlegungen zu bilden. Dagegen

18 Um der Kürze willen wird im Folgenden meist der jeweils zweite genannte Endpunkt verwendet, um auf die fragliche Dimension zu verweisen. Die „Grundhaltung zum Antimilitarismus“ beschreibt somit die Position einer Person auf dem Kontinuum zwischen (extremem) Militarismus und (extremem) Antimilitarismus. Gleichzeitig werden die Ausdrücke jedoch auch verwendet, um eine bestimmte Position (oder einen bestimmten Bereich) auf den Dimensionen zu bezeichnen. Beispielsweise werden Personen mit vergleichsweise zustimmenden Haltungen zum Prinzip des Atlantizismus als „Atlantizisten“ bezeichnet; ein „negativer Effekt von Antimilitarismus auf die Unterstützung eines Auslandseinsatzes“ bedeutet, dass stärkere Zustimmung zum Prinzip des Antimilitarismus zu negativeren Bewertungen des Einsatzes führt.

ermöglicht es der Abgleich spezifischer politischer Positionen mit allgemeinen außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien, auch ohne derartiges Spezialwissen begründete Bewertungen vorzunehmen und affektive Haltungen auszubilden.¹⁹

Gerade für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist die Charakterisierung des Bürgers als „cognitive miser“ treffend. Zwar haben politische Entscheidungen in diesem Bereich weitreichende Konsequenzen. Für die Bevölkerung sind diese jedoch oft schwer zu erfassen, da sie in ihrer Alltagswelt nicht direkt erfahrbar sind. Ob die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird oder die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik etablieren, für die wenigsten Bürger stehen die Konsequenzen dieser Entscheidungen in direktem Zusammenhang mit ihrem täglichen Leben. Zudem sind Bürger – möglicherweise *weil* diese Themen ihrem Alltag entrückt sind – an diesem Politikfeld besonders uninteressiert und verfügen über noch weniger außen- und sicherheitspolitisches Wissen als über andere Politikbereiche (Fiebig 2011; Fiebig und Pietsch 2009; Maier et al. 2009).

Wenn sich Bürger im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik so wenig auskennen, bringen sie überhaupt die schon geringen Voraussetzungen mit, eine grundhaltungs-basierte Einstellungsbildung vorzunehmen? Neben der theoretisch (aber nicht empirisch!) trivialen Voraussetzung, dass Bürger überhaupt Grundhaltungen im Sinne der Definition aufweisen, bestehen weitere Bedingungen darin, dass die Prinzipien für die Bewertung einer gegebenen Sachfrage als relevant erachtet und Implikationen aus den eigenen Grundhaltungen abgeleitet werden können. Beide Bedingungen sind nicht unbedingt gegeben. Gerade weil Bürger kaum involviert sind, wissen sie mitunter so wenig über eine gegebene Sachfrage, dass sie nicht in der Lage sind, relevante Grundhaltungen zur Bewertung dieser Sachfrage zu identifizieren. So zeigte beispielsweise Zaller (1992: 83), dass die U.S.-amerikanischen Bevölkerungseinstellungen zu den Hilfeleistungen, die ihre Regierung den Contras in Nicaragua während der 80er Jahre gewährte, nicht mit grundlegenden Haltungen zur Eindämmung der kommunistischen Bedrohung erklärt werden konnten, obwohl sich letztere für andere Sachfrageorientierungen als äußerst erklärungskräftig erwiesen hatten (Hurwitz und Peffley 1987). Erst der explizite Hinweis, bei den Contras handele es sich um Freiheitskämpfer, die ver-

19 Weil diese Form der grundhaltungs-basierten Einstellungsbildung (oft) relativ einfach anzuwenden ist und wenige Informationen voraussetzt, wird sie meist als eine Unterart der heuristischen Einstellungsbildung verstanden (z. B. Lupia 1994; Popkin 1991; Sniderman et al. 1991). Wie in der Forschung zu internen Wertekonflikten gezeigt wurde (z. B. Alvarez und Brehm 2002), die unten noch ausführlich beschrieben wird, ist grundhaltungs-basierte Einstellungsbildung jedoch nicht *immer* schnell und mit geringem Aufwand zu leisten.

suchen würden, die Ausbreitung des Kommunismus zu stoppen, aktivierte die entsprechenden Haltungen und führte zu einer grundhaltungs-basierten Einstellungsbildung. Ganz ähnlich argumentieren Stimson und Carmines, wenn sie erwarten, dass nur relativ einfache, „nicht-technische“ Sachfragen eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielen (Carmines und Stimson 1980). Auch die Ableitung von Einstellungen aus vermeintlich relevanten Grundhaltungen ist nicht unbedingt trivial. So ist die Vorliebe für eine deutsche Außenpolitik, die auf die Präferenzen der wichtigsten Bündnispartner Rücksicht nimmt, nur dann hilfreich für die Einstellungsbildung, wenn Überzeugungen darüber vorliegen, welche Präferenzen die Verbündeten in diesem Fall haben. Wenig hilfreich ist diese Grundhaltung auch dann, wenn die Bündnispartner (vermeintlich) unterschiedliche Präferenzen aufweisen. Neben dem kognitivistisch geprägten Mechanismus der bewussten Bewertung einer spezifischen Sachfrage auf Grundlage eines allgemeinen Prinzips lässt sich grundhaltungs-basierte Einstellungsbildung auch als symbolische Einstellungsbildung verstehen, bei der die affektiven Ladungen, die mit einer gegebenen Grundhaltung im Langzeitgedächtnis verknüpft sind, auf das fragliche Bewertungsobjekt übertragen werden (Sears 1993; Sears et al. 1980).

Neben diesem allgemeinen individualpsychologischen Argument sprechen die Rahmenbedingungen des hier analysierten deutschen Falls dafür, dass die Grundhaltungen zu Antimilitarismus und Atlantizismus bei den meisten Deutschen eine hohe chronische Aktivierbarkeit aufwiesen und große Bedeutung für die Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr hatten. Hierbei sollte die strategische Kultur Deutschlands als Hintergrundfaktor unterschieden werden von dem Einfluss der zu einem Zeitpunkt gegebenen öffentlichen Debatte.

Konstruktivistische Ansätze der Erklärung der internationalen Beziehungen haben das Konzept der strategischen Kultur entwickelt, um die Werte, Normen und grundlegenden Weltanschauungen nationaler Eliten in Hinblick auf außen- und sicherheitspolitische Fragen zu erfassen (z.B. Daase 2011; Duffield 1999; Meyer 2005; Snyder 1977). Als Eliten gelten hier Akteure, die innerhalb eines gegebenen Gesellschaftsbereich – hier der Außen- und Sicherheitspolitik – interessiert, involviert und einflussreich sind (Putnam 1971: 651).²⁰ Obwohl die strategische Kultur eines Landes widersprüchlich und umkämpft sein kann – Eliten

20 Das Konzept der strategischen Kultur wurde in der Literatur länglich diskutiert (Desch 1998; Duffield et al. 1999; Gray 1999; Johnston 1999). Ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung war dabei, inwiefern generalisierte Handlungsmuster der Eliten Teil der Definition sein sollten, wenn konkrete Handlungen genau dieser Eliten erklärt werden sollen. Diese Gefahr tautologischer Erklärungen besteht hier nicht, da das Erkenntnisinteresse nicht dem Handeln politischer Entscheidungsträger gilt. Allerdings sei in diesem Zusammenhang explizit darauf hingewiesen, dass die öffentliche Meinung in der Außenpolitikforschung zwar zum Teil als Dimension des Konzepts angesehen wird. Hier wird strategische Kultur aber auf Merkmale der außen- und sicherheitspolitischen Eliten beschränkt.

also uneins sein können welche Werte, Normen und grundlegenden Weltanschauungen handlungsleitend sein sollten – hat sich in der Bundesrepublik seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine dominante außen- und sicherheitspolitische Doktrin herausgebildet, die von einer überwiegenden Mehrheit der Eliten geteilt wird. In der Einleitung wurden deren zentrale Elemente, Antimilitarismus und Multilateralismus, bereits beschrieben. Keine Rolle spielt dagegen die Durchsetzung „nationaler Interessen“ im engeren Sinne (z.B. Junk und Daase 2013: 146; Schwarz 1985). Dieser Begriff, mit dem sowohl operative Ziele als auch Mittel beschrieben werden, mit denen Sicherheit und Wohlstand der eigenen Nation gesichert und vergrößert werden sollen, ist in Deutschland aus historischen Gründen nach wie vor weitgehend tabuisiert.²¹ Folglich spielen konkrete Kosten- und Nutzenabwägungen bei der Diskussion über Auslandseinsätze der Bundeswehr eine untergeordnete Rolle (Geis et al. 2010; Müller und Wolff 2011; Schröder 2014; von Bredow 2011).

Die strategische Kultur eines Landes gibt den Raum möglicher politischer Auseinandersetzungen vor. Im Einzelfall können diese zwar von Sichtweisen dominiert werden, die nicht oder nur indirekt mit zentralen Inhalten der strategischen Kultur korrespondieren, normalerweise ist jedoch zu erwarten, dass die öffentliche Debatte von deren konstitutiven Inhalten geprägt ist. Für die Erklärung von Bevölkerungseinstellungen ist die strategische Kultur nicht nur deswegen interessant, weil sie den Inhalt spezifischer Debatten vorstrukturiert, sondern auch weil die Bürger ähnliche grundlegende Werte, Normen und Weltanschauungen während der Primärsozialisation und der weiteren Auseinandersetzung mit politischen Ereignissen und Debatten internalisieren. Die Struktur außen- und sicherheitspolitischer Dispositionen sollte daher die strategische Kultur eines Landes reflektieren. Entsprechende Analysen der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungssysteme der Deutschen haben diese Hypothese grundsätzlich bestätigt (z.B. Juhász 1996; Mader und Pötzschke 2014; Rattinger 1996; Rattinger et al. 2016), wenn auch aufgrund fehlender langfristiger Panelbefragungen bislang keine Studien vorliegen, die die Herausbildung dieser Dispositionsmuster im Zeitverlauf empirisch nachweisen konnten.

Aufgrund der langfristigen Wirkung der strategischen Kultur auf die Einstellungssysteme der Bürger ist also davon auszugehen, dass die chronische Aktivierbarkeit der Grundhaltungen zu diesen Prinzipien hoch ist und diese gleichzeitig eng mit der mentalen Repräsentation „Auslandseinsatz“ assoziiert sind. Folglich ist zu erwarten, dass grundhaltungs-basierte Überlegungen stets aktiviert werden,

21 Hellmann et al. (2008) weisen allerdings in ihren Analysen der „Semantik deutscher Außenpolitik“ darauf hin, dass die Zurückhaltung bei der Formulierung nationaler Interessen seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders nachzulassen scheint.

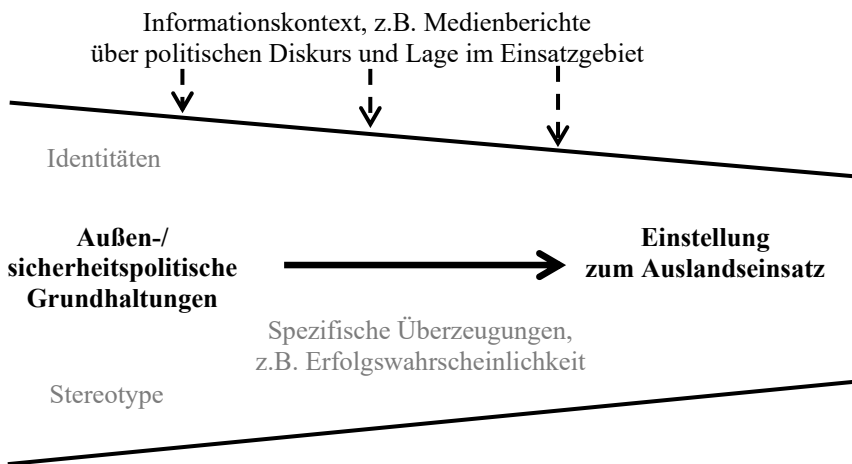
wenn es darum geht, eine Einstellung zu einem konkreten Auslandseinsatz zu bilden. Da diese mentalen Repräsentationen wiederum jeweils eng mit affektiven Ladungen assoziiert sind, sollte der Einfluss dieser Überlegungen bei der Konstruktion der Gesamtbewertung des Auslandseinsatzes besonders groß sein. Ruft man sich die im vorherigen Abschnitt beschriebene Funktion ($A = F(c_i, w_i)$) ins Gedächtnis, ist die strategische Kultur Deutschlands also eine zentrale Ursache dafür, dass Grundhaltungen stets eine Quelle der Überlegungen (c_i) darstellen, aus denen die Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gebildet werden, und zweitens, dass diese Überlegungen mit großem Gewicht (w_i) in die Gesamtbewertung eingehen.

Die Analyse der Wirkung des Informationsumfeldes, das zu einem Zeitpunkt gegeben ist, ist Gegenstand der Framing-Forschung. Die Einbettung eines politischen Problems in einen bestimmten Kontext wird hier als Frame bezeichnet. Politische Akteure präsentieren den Bürgern Sachfragen stets vor dem Hintergrund von Problembeschreibungen, Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen und moralischen Überlegungen. Dieser Kommunikationsprozess, in dem die Kontextualisierung des fraglichen Gegenstandes erfolgt und eine bestimmte Sichtweise auf den Gegenstand etabliert wird, kann dann als Framing verstanden werden. Framing kann den kognitiven Prozess beeinflussen, in dem die Auswahl und Gewichtung der Überlegungen erfolgt, die eine Person berücksichtigt, wenn sie sich ein Urteil über einen Gegenstand bildet.²² Damit liegt der Fokus der Framing-Forschung insbesondere auf der Frage, wie stark bereits im Langzeitgedächtnis gespeicherte Elemente bei der Einstellungsbildung berücksichtigt werden (Chong und Druckman 2007b: 110, 2007a: 107; Druckman und Leeper 2012: 876).

Bezogen auf die Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Deutschland impliziert also auch die am kurzfristig vorliegenden Informationsumfeld interessierte Framing-Theorie, dass Antimilitarismus und Multilateralismus im Vergleich zu anderen Überlegungen eine große Rolle spielen sollten, denn beide Prinzipien waren in den öffentlichen Debatten über alle Bundeswehr-Einsätze salient. Gleichzeitig impliziert dies auch, dass die *relative* Wichtigkeit der Prinzipien in diesen Diskursen die *relative* Wichtigkeit der verschiedenen Grundhaltungen bei der Einstellungsbildung beeinflusst (Mader und Schoen 2013). Spielt also beispielsweise Antimilitarismus in der öffentlichen Debatte über einen Auslandseinsatz eine große und die Notwendigkeit von Bündnissolidarität eine kleine Rolle, sollte sich diese Struktur der öffentlichen Debatte in dem relativen

22 Die Forschung hat eine große Anzahl an Belegen dafür vorgelegt, dass Framing Bevölkerungsbewertungen verschieben kann. Wichtige Beiträge stammen von Chong und Druckman (2010), Druckman (2001a, 2001b), Nelson und Kinder (1996), Nelson et al. (1997) sowie Sniderman und Theriault (2004).

Abbildung 3: Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr



Gewicht der Grundhaltungen bei der Einstellungsbildung widerspiegeln. Die theoretischen Überlegungen zur grundhaltungs-basierten Einstellungsbildung und ihrer Kontextabhängigkeit lassen sich grafisch in einem einfachen Kausalitätstrichter-Modell verdeutlichen (Abbildung 3).²³ Diese Form der Darstellung geht auf Campbell und Kollegen zurück und wurde ursprünglich für die Analyse von Wahlentscheidungen entwickelt (Campbell et al. 1960; siehe auch Schoen 2003).

Von mentalen Repräsentationen, die räumlich weiter von der Mündung des Trichters entfernt liegen, wird angenommen, dass sie eine höhere zeitliche Stabilität aufweisen und eine zentralere Position im Einstellungssystem einnehmen. Ihnen wird eine kausale Wirkung auf die räumlich nachgeordneten Konzepte zugeschrieben. Folglich sind die bereichsspezifischen Grundhaltungen – entsprechend ihrer Rolle bei der Meinungsbildung – vor den Einstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr platziert. Die Bedeutung des kommunikativen Umfeldes wird in der Abbildung durch senkrechte Pfeile dargestellt, die von außen auf den Kausalitätstrichter der individuellen Einstellungsbildung wirken.

Das Zusammenspiel von außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen und dem Informationskontext stellt natürlich keine erschöpfende Erklärung der

23 Die Darstellung konzentriert sich auf das Zusammenspiel von kurzfristigem Kontext und Einstellungsbildung. Die strategische Kultur ist insofern implizit berücksichtigt, als Grundhaltungen als die zentralen Erklärungsfaktoren der Einstellungen gelten.

Einstellungen zu deutschen Auslandseinsätzen dar. Andere Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle. Drei besonders Wichtige sind in Abbildung 3 grau dargestellt.²⁴ Soziale Identitäten und Stereotype sind auf der gleichen Höhe wie die Grundhaltungen angeordnet. Alle drei Dispositionstypen sind von ähnlicher Zentralität, so dass eine eindeutige kausale Anordnung schwierig ist. Es ist davon auszugehen, dass Wechselwirkungen zwischen ihnen bestehen. In dem Maße, in dem Identitäten und Stereotype sowohl Grundhaltungen als auch Einstellungen beeinflussen, würde eine Nichtberücksichtigung dieser Dispositionen zu einer verzerrten Analyse der Bedeutung der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen für die Einstellungsbildung führen. Daher sollen die theoretisch denkbaren Kausalzusammenhänge hier kurz diskutiert werden, um die Implikationen für die weitere Analyse besser einschätzen zu können.

Insbesondere parteipolitische Identitäten spielen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle. Ein Großteil der politischen Auseinandersetzung wird von parteipolitischen Akteuren bestritten, die mit Hilfe von Überzeugungsbotschaften versuchen, die Bürger von ihren Positionen zu überzeugen. Gleichzeitig gibt es weit weniger Interessengruppen als in anderen Politikbereichen, die von außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen direkt betroffen wären. Daher ist die Parteidentifikation für die Analyse der deutschen Bevölkerungseinstellungen zu militärischen Auslandseinsätzen die wichtigste politische Identität, obwohl in Deutschland gerade in den letzten 25 Jahren selten dezidiert entlang von Parteilinien über Außen- und Sicherheitspolitik gestritten wurde.²⁵ Campbell et al. (1960) haben diese als langfristige affektive Bindung an eine politische Partei definiert. Wie bei sozialen Identitäten allgemein handelt es sich folglich um eine subjektiv empfundene Gruppenzugehörigkeit, der eine emotionale Bedeutung beigemessen wird und die somit Teil der Selbstkonzeption einer Person ist. Die objektive beziehungsweise formale Mitgliedschaft in einer Gruppe ist somit weder notwendige noch hinreichende Bedingung für das Vorliegen einer sozialen Identität (Tajfel und Turner 1979; Turner et al. 1987).

24 Der dargestellte Trichter ließe sich leicht nach links hin beispielsweise um universelle Werte und Persönlichkeitsmerkmale erweitern – Dispositionen, die Einstellungen zu politischen Sachfragen nachweislich beeinflussen (z. B. Pötzsche et al. 2012; Schoen 2007; Schwartz et al. 2010). Es kann jedoch angenommen werden, dass der Einfluss dieser Faktoren von den hier berücksichtigten Dispositionen größtenteils vermittelt wird. Ihre Nichtberücksichtigung dürfte daher zu einer vernachlässigbaren Verzerrung der interessierenden Zusammenhänge führen.

25 Nationale Identität gilt als weitere soziale Identität, die Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik beeinflusst (Althaus und Coe 2011; Herrmann et al. 2009; Kam und Ramos 2008; Mader und Pötzsche 2014). Die Mechanismen sind die gleichen, die im Folgenden für die Parteidentifikation diskutiert werden, wobei in Deutschland (in Bezug auf die nationale Identität) der erste – der Sozialisationsmechanismus – wichtiger sein dürfte.

Für die Einstellungsbildung sind soziale Identitäten im Allgemeinen und die Parteiidentifikation im Speziellen aufgrund zweier Mechanismen von Bedeutung (Turner 1982; Turner et al. 1987). Erstens eignen sich Personen die Werte, Normen und Deutungsmuster an, die als konstituierend für die Gruppe wahrgenommen werden. Bei entsprechend klarer Kommunikation innerhalb einer Gruppe bilden sich so im Zeitverlauf relativ homogene Vorstellungen heraus, die die Gruppenmitglieder nach außen vertreten. Als Triebkräfte dieser Internalisierung gelten zum Beispiel das Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit und Angst vor Sanktionen bei normabweichendem Verhalten (Green et al. 2002). Wenn Parteien in der Außen- und Sicherheitspolitik traditionell bestimmte Prinzipien vertreten, werden Gruppenmitglieder demnach entsprechende Grundhaltungen ausbilden. In diesem Fall wäre die emotionale Bindung an die Partei Ursache der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen.²⁶

Tatsächlich legen vorliegende Forschungsbefunde nahe, dass sich die deutschen Parteianhänger in ihren außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen systematisch unterscheiden (Mader 2015b). Im Vergleich zu Bürgern ohne Parteiidentifikation sind Anhänger der etablierten westdeutschen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen internationalistischer und multilateralistischer eingestellt. Die Positionen, welche die Parteien zu diesen Prinzipien in der Vergangenheit typischerweise vertraten, haben also auf ihre Anhänger abgefärbt. Gleichzeitig existieren parteispezifische Muster der Haltungen zu Antimilitarismus und Atlantizismus. So zeichnen sich Anhänger der CDU/CSU durch eine etwas größere Bereitschaft aus, militärische Gewalt als (letztes) Mittel der Politik zu akzeptieren, während Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und PDS – später Die Linke – besonders antimilitaristisch eingestellt sind. Eine ähnliche Trennlinie existiert beim Atlantizismus: Hier sind es wiederum die Anhänger der CDU/CSU, die Bündnistreue und gute transatlantische Beziehungen wertschätzen, während insbesondere die Anhänger der PDS/Die Linke diesen Prinzipien reserviert gegenüberstehen.

Ein zweiter Mechanismus verknüpft die Parteiidentifikationen auch dann mit Sachfragenorientierungen, wenn die Mitglieder keine Leitlinien internalisiert haben. In dieser Situation kann ihnen ihre Parteiidentifikation dennoch bei der Einstellungsbildung helfen. So können sie die Position zu dieser Sachfrage (oder zumindest einstellungsrelevante Überlegungen) von anderen Gruppenmitgliedern,

26 Alternativ ist denkbar, dass Bürger emotionale Bindungen zu der Partei aufbauen, welche die gleichen Prinzipien hochhält wie sie selbst. Bei einem Teil der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen ist dies sicherlich plausibel, sind Die Grünen in den 80er Jahren doch (auch) aus der westdeutschen Friedensbewegung hervorgegangen (Klein und Falter 2003). In Anbetracht der insgesamt geringen Parteipolitisierung der Außen- und Sicherheitspolitik dürfte diese Kausalrichtung in Deutschland aber eine empirisch untergeordnete Rolle spielen.

insbesondere von Meinungsführern, übernehmen (Lupia 1992; Zaller 1992). Auch über diesen Mechanismus kommen die Anhänger einer gegebenen Partei letztlich zu der gleichen Bewertung der Sachfrage. Anders als beim ersten Mechanismus ist hierbei jedoch die Kommunikation innerhalb der Gruppe zum Zeitpunkt der Meinungsbildung entscheidend, da die sogenannten Cueing-Effekte natürlich nur auftreten können, wenn entsprechende Signale an die Gruppenmitglieder gesendet werden.

Mit Stereotypen wird in Abbildung 3 ein weiterer Dispositionstyp berücksichtigt, der in Wechselwirkung mit außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen steht und gleichzeitig die Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr beeinflussen dürfte. Stereotype sind „beliefs about the characteristics, attributes, and behaviors of members of certain groups. More than just beliefs about groups, they are also theories about how and why certain attributes go together“ (Hilton und von Hippel 1996: 240). Sie stellen somit ein komplementäres Konzept zur inhaltlichen Dimension sozialer Identitäten dar: Während letztere Überzeugungen darüber beinhalten, was es bedeutet, Mitglied der eigenen Gruppe zu sein, stellen Stereotype allgemeine Überzeugungen bezüglich anderer Gruppen dar. Für die Einstellungsbildung zur Außen- und Sicherheitspolitik dürften Stereotype über jene internationalen Akteure relevant sein, die in eine gegebene politische Sachfrage involviert sind. Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind dies Stereotype über das Land, in das die deutschen Soldaten entsandt werden (sollen), sowie über die dort einheimischen Bevölkerungs- beziehungsweise Konfliktgruppen. Da Deutschland bislang ausschließlich an multilateralen Einsätzen teilgenommen hat, sind darüber hinaus Stereotype über die internationalen Akteure relevant, die ebenfalls an dem militärischen Einsatz teilnehmen.

Folgt man der von Richard Herrmann und Kollegen entwickelten Image-Theorie (z.B. Herrmann 2003; Herrmann und Fischerkeller 1995), entscheiden stereotype Überzeugungen über Intentionen (kooperativ vs. konfrontativ), Fähigkeiten (überlegen vs. unterlegen) und kulturelle Ähnlichkeit (demokratisch vs. autoritär) der involvierten Akteure darüber, welche politischen Maßnahmen unterstützt werden. Susan Fiske und Kollegen (Cuddy et al. 2008; Fiske 2000) gehen davon aus, dass letztlich zwei inhaltliche Dimensionen, nämlich Wärme und Fähigkeiten, ausreichen, um Stereotype umfassend zu beschreiben. Die Wärme-Dimension entscheidet über die bevorzugte Richtung aktiver Maßnahmen:

„Because the warmth dimension is primary (due to its perceived link to others' intentions), perceived warmth predicts active behaviors: groups judged as warm elicit active facilitation (i.e., help), whereas those judged as lacking warmth elicit active harm (i.e., attack)“ (Cuddy et al. 2008: 70).

Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten demnach von Bürgern positiv bewertet werden, die stereotyp kalte Gefühle gegenüber jenen Akteuren internalisiert haben, gegen die sich ein spezifischer Einsatz richtet. Analog sollten die Einstellungen positiver ausfallen, wenn warme Gefühle gegenüber Akteuren vorliegen, die im Einsatzgebiet unmittelbar von der Intervention profitieren. Während diese Gruppen in Abhängigkeit des Einsatzortes variieren, ist eine dritte Gruppe von Akteuren für alle Auslandseinsätze der Bundeswehr relevant. Dies sind Länder, die sich mit eigenen Truppen an multilateralen Einsätzen beteiligen, sowie internationale Organisationen, die bei der Autorisierung und Durchführung der Einsätze involviert sind. Konkret geht es somit um Stereotype über die wichtigsten Bündnispartner (vor allem USA und Frankreich) sowie die UN, die NATO und die EU. Stereotype über Gruppen dieses dritten Typs verdienen hier besondere Aufmerksamkeit, weil von einer Wirkung auf die Grundhaltungen zu Multilateralismus/Atlantizismus ausgegangen werden muss. Denn Bürger, die stereotype, positive Gefühle gegenüber Bündnispartnern und UN, NATO und EU aufweisen, werden eher bereit sein, außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen mit diesen Akteuren abzustimmen und sich ihren Präferenzen zu unterwerfen. Sie stellen somit potenziell konfundierende Faktoren in der Analyse der Bedeutung von Multilateralismus und Atlantizismus für die Einstellungsbildung dar.

Schließlich werden in Abbildung 3 einsatzspezifische Überzeugungen (*beliefs*) als alternative Erklärungsfaktoren angeführt. Insbesondere die wahrgenommenen Erfolgsaussichten (Eichenberg 2005; Gelpi et al. 2006, 2009), die wahrgenommene Anzahl der Todesopfer (Gartner 2008; Mueller 1973; Myers und Hayes 2010) sowie vermeintliche Einsatzziele (Herrmann et al. 1999; Jentleson 1992; Jentleson und Britton 1998) gelten als wichtige Determinanten der Einstellungen zu einem gegebenen Einsatz militärischer Mittel. Dabei wird angenommen, dass diese Überzeugungen den Ausgangspunkt für Kosten-Nutzen-Erwägungen darstellen und Einstellungen das Ergebnis einer solchen Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen sind (z. B. Gelpi et al. 2009: 15). Weiterhin wird angenommen, dass die Überzeugungen mit der Wirklichkeit korrespondieren; demnach werden Veränderungen im Einsatzgebiet von den Bürgern wahrgenommen und führen, vermittelt über veränderte Kosten-Nutzen-Erwägungen, zu Veränderungen in den Bevölkerungseinstellungen.

Anders als bei Identitäten und Stereotypen ist nicht davon auszugehen, dass einsatzspezifische Überzeugungen den Zusammenhang von Grundhaltungen und Einstellungen konfundieren. Bei den Überzeugungen handelt es sich um mentale

Repräsentationen, die weniger fest in den Einstellungssystemen der Bürger verankert sein und Grundhaltungen kaum beeinflussen dürften.²⁷ Die empirischen Befunde legen jedoch nahe, dass die Einstellungen zu einem gegebenen Einsatz sehr stark von den genannten spezifischen Überzeugungen beeinflusst werden. Somit liegt der Schluss nahe, bei außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen handele es sich um vergleichsweise unwichtige Erklärungsfaktoren. Es lässt sich jedoch eine Reihe von Argumenten vorbringen, warum ein derartiger Schluss vor-schnell wäre.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass einsatzspezifische Überzeugungen, insbesondere die als besonders wichtig geltenden Erfolgswahrnehmungen, konzeptionell sehr nahe an dem Phänomen liegen, das erklärt werden soll. Entsprechend sind sie in Abbildung 3 räumlich von allen Konzepten am nächsten an den Einstellungen angeordnet. Damit stellt sich die Frage, wie groß der Erkenntnisgewinn eigentlich ist, wenn bekannt ist, dass die Unterstützung eines Einsatzes stark von den Wahrnehmungen des bisherigen oder noch zu erwartenden Erfolgs abhängt (Berinsky und Druckman 2007). Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob die objektspezifischen Wahrnehmungen hauptsächlich von der Realität im Einsatzgebiet beeinflusst werden, wie es die Vertreter der Kosten-Nutzen-Perspektive annehmen. Dieser Kausalpfad wird in der Abbildung insofern berücksichtigt, als dass das Informationsumfeld nicht nur die Bedeutung der Individualmerkmale bei der Einstellungsbildung beeinflussen kann, sondern auch die Ausprägungen dieser Elemente selbst – in diesem Fall die einsatzspezifischen Überzeugungen.

Viele Beiträge der Einstellungsforschung legen nahe, dass die spezifischen Überzeugungen selbst stark von allgemeineren (politischen) Dispositionen beeinflusst werden. Demnach reagieren Bürger auf politische Informationen nicht unvoreingenommen. Vielmehr werden deren Aufnahme, Verarbeitung und Speicherung von bereits vorliegenden Dispositionen so beeinflusst, dass sie letzteren nicht widersprechen. So haben etwa Campbell und Kollegen (1960) die Parteiidentifikation als „Wahrnehmungsfiler“ bezeichnet, der reguliert, welche Informationen überhaupt aufgenommen werden. Die Arbeiten der Stony Brooks-Schule um Milton Lodge haben vielfach gezeigt, wie aufgenommene Informationen so verändert (verzerrt) werden, dass sie in konsonantem Verhältnis zu bereits vorliegenden Dispositionen stehen (Lodge und Taber 2000; Taber und Lodge 2006; Taber und Young 2013). Auch in Bezug auf Einstellungen zu Militäreinsätzen wurde gezeigt, dass derartige Effekte vorliegen, etwa bei der Wahrnehmung und Interpretation

27 Dies gilt zumindest in der kurzen Frist. Langfristig sind Feedback-Effekte von den Überzeugungen auf zentralere Dispositionen denkbar, beispielsweise wenn immer die gleichen negativen Lageberichte aus dem Einsatz dafür sorgen, dass die grundsätzliche Nützlichkeit oder Moralität des Instruments „militärischer Auslandseinsatz“ in Frage gestellt wird.

von Opferzahlen (Berinsky 2007), Kriegsursachen und -verläufen (Gaines et al. 2007) und Erfolg (Jedinger und Mader 2015; Mader und Fiebig 2015). Dabei dürften die bereits beschriebenen Eigenschaften des deutschen Falls das Ausmaß erhöht haben, in dem einsatzspezifische Überzeugungen von den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen abhingen. Da die Einsätze meist entlang allgemeiner Prinzipien diskutiert wurden, die Debatten symbolisch und moralisch aufgeladen waren und eine pragmatische Abwägung der Erfolge und Misserfolge im Einsatzgebiet kaum stattfand, scheint es relativ unwahrscheinlich, dass die (durchschnittlich) kaum involvierten Bürger die Lage im Einsatzgebiet unvoreingenommen wahrnahmen.

2.3 Verarbeitung widersprüchlicher Überlegungen

In dem vorangegangenen Abschnitt wurde ein Modell der gedächtnisbasierten Einstellungsbildung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr entwickelt, dessen zentrales Element auf der Individualebene außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen sind. Mit anderen Worten wird postuliert, dass auf Grundhaltungen basierende Überlegungen die wichtigsten Bausteine darstellen, aus denen die Einstellungen zu Auslandseinsätzen konstruiert werden. Damit ist noch nichts darüber gesagt, wie dieser Konstruktionsprozess genau abläuft, also wie aus diesen Überlegungen eine Gesamtbewertung gebildet wird. Unterschiedliche Prozesse sind denkbar. In Anbetracht des Arguments, dass die individuelle Einstellungsbildung der Bürger die öffentliche Debatte über das fragliche Einstellungsobjekt reflektiert, stellt sich dabei die Frage, ob die Verarbeitung der grundhaltungsbasierten Überlegungen möglicherweise ähnlich konflikthaft abläuft wie die politische Auseinandersetzung über die Auslandseinsätze. Da das gleichzeitige Festhalten an den Prinzipien Antimilitarismus und Atlantizismus die Ursache für die schwierige Entscheidungsfindung ist, steht in der folgenden theoretischen Diskussion die Frage im Fokus, inwiefern das simultane Vorliegen positiver Haltungen zu beiden Aspekten auf der Bevölkerungsebene den Prozess der Einstellungsbildung beeinflusst. Es wird zunächst herausgearbeitet, dass bei der additiven Integration des sogenannten Sampling-Modells keine spezifische Wirkung der Grundhaltungen – oder anderer Dispositionen – auf den Prozess der Informationsverarbeitung vorgesehen ist. Berücksichtigt man dagegen die Möglichkeit gefühlter Ambivalenz als Folge von Grundhaltungskonflikten (Alvarez und Brehm 1995, 2002; Craig et al. 2005; Martinez et al. 2005b) und die Möglichkeit nicht-kompensatorischer Informationsverarbeitung (Billings und Marcus 1983; Lau 2003; Mintz 1993, 2004),

sind weitere Implikationen des Prinzipien-Konflikts über die Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland auf der gesellschaftlichen Ebene für die grundhaltungsbasierte Einstellungsbildung zu erwarten.

In dem bekanntesten und meistverwendeten Sampling-Modell sind Einstellungen das Ergebnis einer gewichteten Addition zustimmender und ablehnender Überlegungen (Chong und Druckman 2007b: 107; siehe klassisch Fishbein und Ajzen 1975; Zaller und Feldman 1992: 586). Formal ausgedrückt ergibt sich die Gesamtbewertung (A) also als Summe aktivierter Einzelbewertungen (c_i) von (i) verschiedenen Attributen des Einstellungsobjekts, die entsprechend ihrer subjektiven Wichtigkeit (w_i) in die Addition eingehen:

$$A = \sum c_i * w_i.$$

Zum Beispiel könnte sich die Einstellung eines Bürgers zur Beteiligung der Bundeswehr an einem NATO-Auslandseinsatz aus zwei Überlegungen ergeben, nämlich aus der Ablehnung der Mission, weil militärische Mittel jenseits der Verteidigung des Bündnisgebiets eingesetzt werden (c_1), und der Zustimmung zum Einsatz, weil damit Bündnispflichten erfüllt werden (c_2). Entsprechend dem zuvor beschriebenen Modell handelt es sich bei diesen Beispielen um objektspezifische Überlegungen, die auf den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen Antimilitarismus und Multilateralismus beruhen. Die negative Bewertung des Attributs „Einsatz des Militärs jenseits der Verteidigung des Bündnisgebiets“ ($i = 1$) impliziert die Ablehnung des Bundeswehreinsetzes, die positive Bewertung der „Erfüllung von Bündnispflichten“ ($i = 2$) dagegen Zustimmung.²⁸ Die Einstellung, also die affektive Gesamtbewertung, ergibt sich dann aus der Stärke der Einzelfakte (c_1, c_2) und ihrer jeweiligen Wichtigkeit (w_1, w_2). So könnte es beispielsweise sein, dass, obwohl der Affekt zum Einsatz militärischer Mittel stärker ist als jener zur Erfüllung der Bündnispflichten ($|c_1| > |c_2|$), die fragliche Person eine Beteiligung der Bundeswehr dennoch positiv bewertet, weil sie die zweite Überlegung als wichtiger erachtet ($w_1 < w_2$). Das Sampling-Modell beschreibt somit einen kompensatorischen Prozess, bei dem die Überlegungen voneinander unabhängig in die Einstellungsbildung eingehen. Wenn Überlegungen vorliegen, die widersprüchliche Bewertungen des Objekts nahelegen, werden diese miteinander „verrechnet“ und führen zu keiner substanziellen Veränderung des Prozesses selbst. Dissonante Überlegungen werden dabei also nicht anders behandelt als konsonante.

28 Letzteres gilt unter der Annahme, dass der Bürger glaubt, es gehöre zur Bündnispflicht der Bundesrepublik, sich an dem fraglichen Einsatz zu beteiligen.

Aus psychologischer Sicht wird das Sampling-Modell von seinen eigenen Vertretern als problematisch angesehen (Zaller 1992: 277). Die Integration von Einzelüberlegungen als gewichtete Addition stellt wohl weniger die realistische Beschreibung des Informationsverarbeitungsprozesses dar, sondern sollte als ein analytisches Modell mit instrumentellem Wert für die Vorhersage von Gesamtbewertungen angesehen werden.²⁹ Seine anhaltend große Beliebtheit in der Einstellungsforschung ist wohl nicht zuletzt darin zu sehen, dass in Meinungsumfragen fast ausschließlich mentale Zustände und selten Prozessdaten erhoben werden. Letztere sind jedoch notwendig, um tiefere Einblicke in die mentalen Prozesse zu erlangen, die während der Einstellungsbildung ablaufen. Daher bezweifelt Zaller “that theoretical elaboration of the RAS model along these lines will become fruitful to analysts of public opinion until we learn how to measure more than the simple ‘likes’ and ‘dislikes’” (Zaller 1992: 277-281).

Auch für die Erklärung der hier interessierenden Einstellungen liegen keine direkten Informationen zu dem Informationsverarbeitungsprozess vor. Somit ist es an dieser Stelle wenig sinnvoll, elaborierte Theorien der Informationsverarbeitung zu diskutieren die den Integrationsprozess von Einzelüberlegungen zu Gesamtbewertungen realistischer beschreiben. Dennoch sollen durch die theoretische Analyse möglicher Implikationen von Grundhaltungskonstellationen (die auf Grundlage der verfügbaren Daten erfasst werden können) versucht werden, überprüfbare Hypothesen zu der Frage zu entwickeln, welche kognitiven Prozesse diese auslösen. Dabei lässt sich das Grundproblem der Diskrepanz zwischen dem Erkenntnisinteresse, das auf einen mentalen Prozess abzielt, und einer empirischen Untersuchung, die mit Informationen über mentale Zustände vorliebnehmen muss, nicht überwinden und führt zu ernsthaften Restriktionen in Bezug auf den möglichen Erkenntnisgewinn.

Der Ansatz für eine punktuelle Erweiterung des klassischen Sampling-Modells ist hier die Überlegung, dass dieses insbesondere dann problematisch ist, wenn *widersprüchliche* Überlegungen gleichzeitig aktiviert werden und zu einer Gesamtbewertung zusammengefasst werden müssen.³⁰ Dieser nachzugehen ist bei

29 Ajzen und Fishbein (1975) selbst interpretieren ihr Werterwartungsmodell im realistischen Sinne, also als tatsächengerechte Beschreibung des kognitiven Prozesses, der bei der Einstellungsbildung abläuft. Der allgemeinere Ansatz der *information integration* (Anderson 1971), der sich ähnlicher mathematischer Ausdrücke bedient, erhebt diesen Anspruch dagegen explizit nicht, sondern zielt (lediglich) darauf ab, jene funktionale Form zu finden, mit der Gesamtbewertungen auf Grundlage der Einzelbewertungen möglichst gut beschrieben und vorhergesagt werden können (Bohner und Wänke 2002: 58).

30 Hierbei handelt es sich letztlich um einen Spezialfall des Arguments, dass die Bedeutung einer Überlegung für die Einstellungsbildung direkt davon abhängen könnte, welche weiteren Überlegungen als relevant erachtet und berücksichtigt werden. Im Rahmen des Werterwartungsmodells

der Erklärung deutscher Bevölkerungseinstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr von besonderer Relevanz, da der Konflikt widersprüchlicher Prinzipien ein zentrales Merkmal der politischen Auseinandersetzungen über diese Sachfragen darstellt. Solange die deutschen Bündnispartner eine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Auslandseinsätzen fordern, sind die Prinzipien Antimilitarismus und Multilateralismus, und insbesondere Atlantizismus, unvereinbar. Folglich kreist die deutsche öffentliche Debatte stets um die gleichen Argumente, ohne dass eine grundlegende Lösung gefunden werden kann. Wenn Bevölkerungseinstellungen die öffentliche Debatte widerspiegeln, sollte es dann nicht auch den Bürgern schwer fallen, antimilitaristische und atlantizistische Überlegungen zu einer Gesamtbewertung zusammenzufassen?

Tatsächlich geht die Forschung zur Werte-Ambivalenz davon aus, dass *bestimmte Wertekonstellationen* den Prozess der Einstellungsbildung systematisch beeinflussen.³¹ Ambivalenz bezeichnet dabei einen internen Wertekonflikt, der auftritt, wenn zwei zentrale Werte als einstellungsrelevant erachtet werden und diese widersprüchliche Implikationen für die Bewertung eines Objekts haben (Alvarez und Brehm 2002: 59; Keele und Wolak 2008: 654; Rudolph 2005: 905).³² Wenn Ambivalenz in dem zuvor definierten Sinn vorliegt, könnte sie den Prozess der Einstellungsbildung beeinflussen, wenn die betroffenen Individuen versuchen, den Wertekonflikt aufzulösen. Bewertungen, die andernfalls schnell und ohne

kann dies ausgedrückt werden, indem die subjektive Wichtigkeit (w_i) der Überlegungen als Funktion $F(c_i, x_{ji})$ aufgefasst wird, wobei c_i die oben bereits diskutierten aktivierten Einzelbewertungen der (i) verschiedenen Attribute des Einstellungsobjekts bezeichnet und x_{ji} die übrigen (j) Determinanten der subjektiven Wichtigkeit (w_i). Die Wichtigkeit einer Überlegung für die Einstellungsbildung ist damit abhängig von den übrigen Überlegungen.

- 31 Insbesondere in der Sozialpsychologie wird der Ausdruck „Ambivalenz“ häufig verwendet, wenn ein Individuum gleichzeitig inkonsistente Kognitionen oder Affekte zu einem Einstellungsobjekt aufweist (*attitudinal ambivalence*) (Cacioppo und Berntson 1994: 402; Priester und Petty 1996: 431). In diesem Verständnis handelt es sich bei Ambivalenz um ein Strukturmerkmal des Langzeitgedächtnisses. In John Zallers einflussreichem RAS-Modell der politischen Einstellungsbildung wiederum wird „Ambivalenz“ als simultane Aktivierung von Überlegungen, die widersprüchliche Bewertungen eines Einstellungsobjekts implizieren, verstanden. Ambivalenz beschreibt dort also weder die kognitiven Elemente, die mit einem Objekt im Langzeitgedächtnis verknüpft sind, noch einen inneren Konflikt, der die Einstellungsbildung systematisch beeinflusst. Vielmehr wird mit dem Begriff die Menge an Überlegungen beschrieben, die ins Arbeitsgedächtnis gerufen werden, um eine Gesamtbewertung vorzunehmen (Zaller und Feldman 1992: 858; Zaller 1992: 59).
- 32 Selbst wenn widersprüchliche mentale Repräsentationen im Langzeitgedächtnis vorliegen, muss dies also nicht zu gefühlter Ambivalenz führen. Vielmehr kann mit Indifferenz ein Zustand bezeichnet werden, bei dem zwar widersprüchliche mentale Repräsentationen vorliegen, diese jedoch nicht als hinreichend wichtig erachtet werden, um einen inneren Konflikt auszulösen (Alvarez und Brehm 2002: 58; Martinez et al. 2005a: 3).

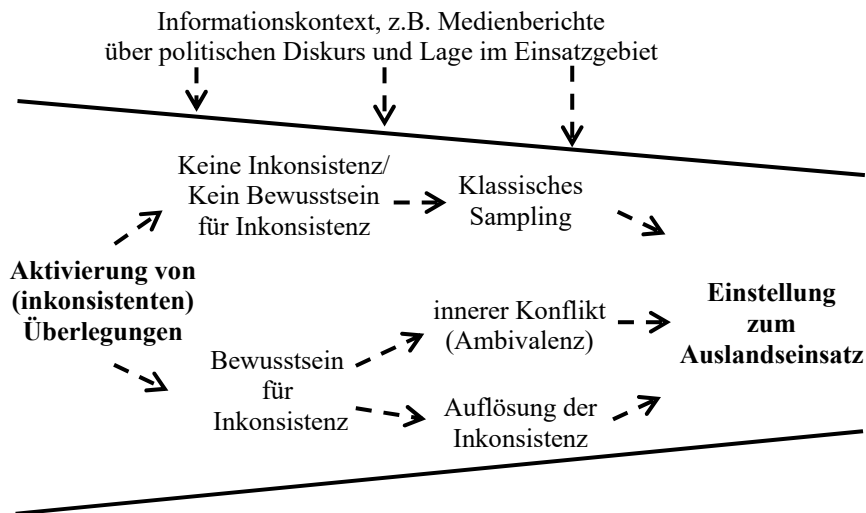
kognitiven Aufwand vorgenommen würden, werden dann erst nach einer sorgfältigeren Abwägung gebildet (Alvarez und Brehm 1995: 1058). Entsprechend zeigen Untersuchungen, dass sich ambivalente Bürger in Umfragen mehr Zeit nehmen, entsprechende Fragen zu beantworten (Steenbergen und Brewer 2004). Gleichzeitig ist das Ergebnis der Einstellungsbildung bei ambivalenten Bürgern vergleichsweise schwierig vorherzusagen. Dieser negative Effekt von Ambivalenz auf die Stabilität und Vorhersagbarkeit von Einstellungen ist bei so unterschiedlichen Sachfragen wie Abtreibung, positiver Diskriminierung (*affirmative action*), Sozialpolitik und Wahlkampffinanzierung nachgewiesen worden (Alvarez und Brehm 1995, 2002; Craig et al. 2002; Craig et al. 2005; Feldman und Zaller 1992; Grant und Rudolph 2003; Rudolph 2005, 2011; Steenbergen und Brewer 2004). Ausdruck des internen Wertekonflikts ist ebenfalls, dass ambivalente Bürger weniger extreme Einstellungen zu einer Sachfrage aufweisen (Huckfeldt und Sprague 2000).

Die Ambivalenz-Forschung löst sich von der Annahme des klassischen Sampling-Modells, dass Einzelüberlegungen einfach aufsummiert werden. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass im Falle eines Wertekonflikts kognitive Ressourcen investiert werden, um diesen Konflikt aufzulösen (Alvarez und Brehm 1995: 1058), also im Sinne eines Zwei-Prozessmodells von einer schnellen, oberflächlichen (heuristischen) Entscheidungsfindung zu einer langsamen, sorgfältigen (systematischen) Entscheidungsfindung gewechselt wird (Chaiken und Trope 1999; Evans 2008; Kahneman 2011).³³ Bei dieser Form der Einstellungsbildung wird also weiterhin angenommen, dass Bürger versuchen, die Überlegungen in einem kompensatorischen Prozess zu integrieren.

Die Annahme, dass Bürger im Falle eines Wertekonflikts kognitive Ressourcen investieren, um den Konflikt aufzulösen, widerspricht der Vorstellung vom Bürger als „cognitive miser“ (Fiske und Taylor 1984; Hurwitz und Peffley 1987), dessen kognitive Fähigkeiten und Motivation, diese einzusetzen, begrenzt sind. Somit liegt es nahe, dass Bürger sich einfacher Heuristiken bedienen, um zwischen widersprüchlichen Grundhaltungen eine auszuwählen und die Einstellungsbildung dann auf Grundlage dieser einen vorzunehmen. Ein einfaches Auswahlkriterium

33 Insbesondere vor dem Hintergrund der relativ geringen affektiven Involvierung der Bürger im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht ausgemacht, dass viele Bürger bereit sind, einen derartigen Aufwand zu betreiben. Demnach wären Ambivalenz-Zustände nur bei Bürgern zu erwarten, die sich stark für dieses Politikfeld interessieren. Auf der anderen Seite ist gerade diese Sorte von Bürger anfällig für eine verzerrte Wahrnehmung der Umgebung sowie einer verzerrten Informationsverarbeitung im Sinne vorliegender Dispositionen. Somit wäre gleichzeitig zu vermuten, dass diese Bevölkerungsgruppe besonders gut darin ist, Ambivalenz zu vermeiden. Die Klärung dieser Fragen kann hier nicht geleistet werden, weil eine weitere Differenzierung der potenziell ambivalenten Bevölkerungsgruppe aus methodischen Gründen nicht ratsam ist. Im Fazit des Buches werden diese Überlegungen noch einmal aufgegriffen.

Abbildung 4: Verarbeitungsmöglichkeiten widersprüchlicher Überlegungen



stellt hierbei die Extremität der jeweiligen Grundhaltung dar. Demnach sollten Bürger jenem Prinzip bei der Einstellungsbildung das größere Gewicht einzuräumen, zu dem sie eine extremere Haltung aufweisen. Ähnlich wie etwa die Orientierung an Parteipositionen ist dieses Vorgehen kognitiv weniger aufwändig als zwischen verschiedenen Überlegungen abzuwägen. Da eine extremere und damit eindeutigere Haltung zu einem Prinzip die Bewertung einer Sachfrage erleichtern dürfte, ist es für Bürger aus kognitionsökonomischen Gründen rational, sich auf diese zu konzentrieren und die andere, weniger extreme Grundhaltung auszuklamern oder weniger stark bei der Einstellungsbildung zu berücksichtigen.

Ähnlich wie oben bei der Diskussion der einfachen grundhaltungs-basierten Einstellungsbildung ist auch hier neben dem kognitivistischen Mechanismus ein Prozess vorstellbar, bei dem die affektive Ladung, die mit der extremen Grundhaltung verbunden ist, jene der weniger extremen überlagert. Diese theoretischen Überlegungen lassen sich nicht nur auf die Integration widersprüchlicher Grundhaltungen anwenden. Auch bei konsonanten Überlegungen muss im Rahmen des Sampling-Modells eine Integrationsleistung erbracht werden. Gleichzeitig ist vorstellbar, dass insbesondere affektiv stark aufgeladene Erwägungen bei der Einstellungsbildung berücksichtigt werden. Zusammenfassend folgt aus diesen Überle-

gungen die Erwartung, dass jene Grundhaltung einen stärkeren Effekt auf die Einstellungsbildung hat, die im Vergleich zu anderen relevanten Überlegungen besonders extrem ausgeprägt ist.

Abbildung 4 fasst die beschriebenen Möglichkeiten kompensatorischer und nicht-kompensatorischer Verarbeitung widersprüchlicher Überlegungen zusammen und integriert sie in das Mehrebenen-Modell, das hier zugrunde gelegt wird. Genuiner Bestandteil von Abbildung 4 ist erneut, dass individualpsychologische Prozesse niemals im kontextfreien Raum stattfinden, sondern stets in das Informationsumfeld eingebettet sind. Dies bedeutet, dass Kontextbedingungen einen Einfluss darauf haben, welcher Verarbeitungsmodus abläuft. Entscheidend für das Vorliegen eines internen Konflikts dürfte dabei sein, dass die Widersprüchlichkeit der betroffenen Überlegungen in der öffentlichen Debatte explizit zur Sprache kommt. Dies dürfte dazu führen, dass sich Bürger, bei denen eine entsprechende Konstellation vorliegt, dieser Widersprüchlichkeit bewusst werden und es ihnen erschwert, Heuristiken zur Vermeidung dieses Zustands anzuwenden.

2.4 Zusammenfassung und Implikationen

In diesem Kapitel wurde ein allgemeines Modell der politischen Einstellungsbildung beschrieben, das die Bewertung politischer Sachfragen als Resultat einer Interaktion von individuellen Merkmalen und Umwelt auffasst. Demnach bilden Bürger Einstellungen auf Grundlage von Überlegungen, die ihnen in Bezug auf das fragliche Objekt in den Sinn kommen. Quelle dieser Überlegungen können sowohl allgemeine Dispositionen als auch spezifische Wahrnehmungen zu dem gegebenen Einstellungsobjekt sein. Welche Überlegungen zu einem Zeitpunkt aktiviert werden, hängt zum einen von der Ausgestaltung des individuellen Einstellungssystems ab, zum anderen von dem unmittelbaren kommunikativen Kontext, in dem die Einstellungsbildung erfolgt.

Bezogen auf deutsche Bevölkerungseinstellungen zu konkreten Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde argumentiert, dass die strategische Kultur der Bundesrepublik dafür gesorgt haben dürfte, dass insbesondere Grundhaltungen zum Einsatz militärischer Mittel sowie zur Koordination der eigenen Außenpolitik mit anderen Akteuren zentrale Elemente dieser Einstellungssysteme darstellen. Neben der chronischen Aktivierbarkeit dieser Grundhaltungen bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik dürfte auch das jeweilige konkrete Kommunikationsumfeld die Relevanz dieser Dispositionen erhöht haben, da die politischen Debatten über die Auslandseinsätze ebenfalls um die Prinzipien Antimilitarismus und Multilateralismus kreisten. Zusammengenommen sprechen diese Überlegungen dafür, dass

Grundhaltungen zu Antimilitarismus und Multilateralismus (verstanden als westliche Bündnisorientierung) die zentralen Erklärungsfaktoren deutscher Bevölkerungseinstellungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr darstellten. Konkret lässt sich somit die allgemeine Grundhaltungshypothese formulieren, dass spezifische Auslandseinsätze der Bundeswehr umso positiver bewertet worden sein sollten, je weniger antimilitaristisch und je stärker multilateralistisch (atlantizistisch) voreingestellt die Bürger waren. Eine weitere Implikation der Einbettung der Einstellungsbildung in das zum jeweiligen Zeitpunkt herrschende Informationsumfeld ist, dass die relative Bedeutung der grundhaltungs-basierten Überlegungen kontextabhängig ist. Das heißt für die Einstellungsbildung der Deutschen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr: Je salienter ein Prinzip in der öffentlichen Debatte war, desto wichtiger sollte die korrespondierende Grundhaltung für die individuelle Einstellungsbildung auf der Bevölkerungsebene gewesen sein.

Das wiederkehrende Dilemma der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung, zwischen Antimilitarismus und Multilateralismus entscheiden zu müssen, lenkt den Blick zudem auf die Frage, wie die deutsche Bevölkerung mit dieser Situation umgegangen ist. Im Anschluss an die oben beschriebene Ambivalenz-Forschung ist zu vermuten, dass Bürger, die widersprüchliche Grundhaltungen aufwiesen, einen Wertekonflikt empfanden und sich schwer taten, Auslandseinsätzen auf Grundlage ihrer Grundhaltungen zuzustimmen oder diese abzulehnen. Um einen derartigen Zustand der inneren Zerrissenheit zu vermeiden, könnten Bürger alternativ auch einfach jene Grundhaltung zur Einstellungsbildung herangezogen haben, zu der sie extremere Ansichten verinnerlicht hatten. Diese Differenzierung auf Grundlage der Grundhaltungskonstellationen verlangt also die Berücksichtigung bestehender Heterogenität zwischen den Bürgern, wenn die Bedeutung dieser Dispositionen für die Einstellungsbildung zu militärischen Auslandseinsätzen adäquat abgebildet werden soll.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass sich Bürger jenseits ihrer Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in weiteren Merkmalen unterscheiden, die beeinflussen, wie sie auf einen gegebenen Informationskontext reagieren beziehungsweise welche weiteren Überlegungen jenseits der Grundhaltungen bei der Einstellungsbildung aktiviert werden. Für Deutschland und den Zeitraum seit Ende des Kalten Krieges stellt sich dabei vor allem die Frage, ob die Grundhaltungen zu Antimilitarismus und Multilateralismus bei Ost- und Westdeutschen in gleichem Maße relevant waren. Wenn es stimmt, dass die Einstellungssysteme der Bürger nicht zuletzt die strategische Kultur eines Landes widerspiegeln, sollten Unterschiede zwischen den deutschen Landesteilen vorliegen, die sich nicht in unterschiedlichen Ausprägungen der Grundhaltungen erschöpfen. Weil die Ostdeutschen insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit den Leit-

linien bundesrepublikanischer Außenpolitik weniger vertraut gewesen sein dürften als Westdeutsche, könnten Präferenzen in Bezug auf die Kooperation mit den westlichen Bündnispartnern eine geringere Rolle für die Einstellungsbildung gespielt haben. Neben Unterschieden auf Grundlage der regionalen Herkunft wurde argumentiert, dass sich Parteianhänger vermutlich vor allem von den Überzeugungsbotschaften ihrer jeweils präferierten Partei beeinflussen lassen und nicht vom Inhalt der öffentlichen Debatte insgesamt. Entsprechend ist zu erwarten, dass diese Bürger bei der Einstellungsbildung jeweils jenen Grundhaltungen ein größeres Gewicht einräumten, die von ihrer Partei betont wurden.

Diese allgemeinen Erwartungen, die sich direkt aus dem theoretischen Modell ableiten lassen, werden in den Kapiteln 4 bis 7 für die Einstellungen zu den (möglichen) Einsätzen in Somalia, Kosovo, Afghanistan und Irak spezifiziert und empirisch überprüft. Auf Grundlage der so gewonnenen Einzelbefunde kann dann abschließend die Frage adressiert werden, wie die Deutschen auf die neue politische Sachfrage der militärischen Auslandseinsätze reagiert haben. Dabei kann nicht zuletzt diskutiert werden, ob auf der Bevölkerungsebene eine Enttabuisierungsphase und danach eine Ermüdungsphase identifiziert werden kann, bei der die Bedeutung des Antimilitarismus zunächst ab- und jene des Multilateralismus zunahm, bevor sich dieses Verhältnis im Zuge des Afghanistan-Einsatzes wieder umdrehte. Im folgenden Kapitel 3 ist jedoch zunächst eine Reihe methodischer Entscheidungen zu treffen, wie die Modellimplikationen empirisch zu überprüfen sind und vor allem ob die interessierenden Konzepte in Anbetracht suboptimaler Datenverfügbarkeit adäquat erfasst werden können.



<http://www.springer.com/978-3-658-15596-4>

Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der
Bundeswehr
Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer
Orientierung
Mader, M.
2017, XII, 262 S. 26 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-15596-4